

„Memorial“ und „Opfer zweier Diktaturen“

Manchmal genügt nur ein kleiner Stein, um eine ganze Lawine ins Rollen zu bringen.

Genau das geschah im Jahre 1990, als nach einer eher zufälligen Publikation in der Zeitung „Iswestija“ über die mögliche Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter eine Flut von Briefen zu „Memorial“¹ kam. Täglich brachte die Post Tausende von Briefen in großen Säcken. Der Anstoß zu dieser Flut von Briefen war allerdings von außen gekommen. Ende der achtziger Jahre hatten die Grünen im Deutschen Bundestag beantragt, die Frage einer Entschädigung für Zwangsarbeiter auf die Tagesordnung des Parlaments zu setzen.

„Gibt es denn wirklich noch Menschen, die uns nicht vergessen haben?“ hieß es in einem von 400.000 Briefen ehemaliger Ostarbeiter, die an die Adresse der Gesellschaft „Memorial“ gelangten. Und das war keine zufällige Adresse, denn es war selbstverständlich, dass die gesellschaftliche Organisation, die sich als ihre Hauptziele historische Aufklärung, Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit und Schutz der Menschenrechte gesetzt hatte, begonnen hatte, Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiter zu erforschen. Man wusste damals aber nur sehr wenig über dieses Thema und über diese Menschen. Warum?

Das Schicksal der „Ostarbeiter“

Wenn in der stalinistischen Nachkriegszeit überhaupt über die Opfer des Faschismus gesprochen wurde, waren in der Regel die Häftlinge der deutschen Konzentrationslager gemeint. Selbst über sie sprach man nur in ganz abgehobenem und mythisiertem Sinn. Unsere eigenen ehemali-

¹ „Memorial“, Internationale Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge, wurde 1988 ins Leben gerufen. Nähere Informationen finden sich auf der homepage: <http://www.memo.ru>.

Dr. Irina Scherbakowa, Historikerin, ist bei „Memorial“ Projektleiterin für die historische Arbeit mit Jugendlichen.

gen Häftlinge – und hier waren es vor allem die ehemaligen Kriegsgefangenen – waren für die Machthaber eine verdächtige und ungewollte Kategorie von Opfern. In der eisernen stalinistischen Logik bedeutete es: Hatte jemand überlebt, so musste er auf jeden Fall ein Verräter sein. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland war unglaublich schrecklich, aber auch nach der Befreiung erwartete sie oft das Lager – die Filtrierungslager des NKWD und danach entweder der GULAG oder Zwangsarbeit in irgendeiner Form. Selbst wenn keine unmittelbaren Repressalien folgten, bildete die Kriegsgefangenschaft in jedem Fall einen schwarzen Fleck im Lebenslauf. Es gab da diesen einen Punkt in allen sowjetischen Fragebögen: „Waren Sie in Kriegsgefangenschaft, lebten Sie während des Krieges in den besetzten Gebieten?“

Das „Ja“ stempelte den, der den Fragebogen hinsichtlich Kriegsgefangenschaft oder Zwangsarbeit ausfüllte, automatisch zu einem Menschen zweiter Klasse.

Und dieser eine Punkt im Fragebogen blieb bis in die Zeit der Perestroika erhalten: Wenn man sich um einen Arbeits- oder Studienplatz bewarb oder wenn man eine Auslandsreise beantragen wollte – diesen Punkt musste man immer und überall beantworten. Das „Ja“ stempelte den, der den Fragebogen ausfüllte, automatisch zu einem Menschen zweiter Klasse. Und der schwarze Fleck traf auch die Angehörigen – Ehemann, Ehefrau, Schwester oder Bruder.

Während des „Tauwetters“ unter Chruschtschow begann man, etwas mehr über die Konzentrationslager zu schreiben und jene, die in deutscher Gefangenschaft gewesen waren, bis zu einem gewissen Grad moralisch zu rehabilitieren. Juristisch sollten sie erst 30 Jahre später rehabilitiert werden.

Aber über jene anderen, die keine Häftlinge im Konzentrationslager gewesen waren, die in deutschen Fabriken gearbeitet hatten, bei deutschen Bauern, oder als Kindermädchen in einer deutschen Familie – mit einem Wort, über jene, die nicht hinter Stacheldraht gelebt hatten, sondern oft in unmittelbarer Nähe zu Deutschen, war damals fast gar nichts bekannt. Und das deutsche Wort „Ostarbeiter“, wie diese Menschen in Deutschland genannt worden waren, tauchte in unserer Presse erst in den neunziger Jahren auf. Während des Krieges hatte man sie „Verschleppte“ genannt und danach in der offiziellen Sprache des NKWD „Repatriierte“.

Sie waren – um Primo Levi zu zitieren – „Menschen aus der Grauzone“. Man sah und hörte sie nicht. In erster Linie, weil sie selbst sich

versteckten und schwiegen. Dabei handelte es sich um eine große Anzahl von Menschen: Rund 5 Millionen waren aus den besetzten sowjetischen Gebieten zur Arbeit nach Deutschland verschleppt worden, rund zwei Drittel von ihnen kehrten in die Heimat zurück. Die ehemaligen Ostarbeiter schwiegen wesentlich länger als alle anderen Opfer des stalinistischen Regimes.

Das hatte mehrere Gründe, die beiden wichtigsten aber waren *Angst* und *Schuldgefühle*.

Die Angst hatte diese Menschen ihr ganzes Leben lang begleitet. Viele von ihnen hatten sie schon als Kinder kennen gelernt, weil ihre Eltern den Repressionen während der dreißiger Jahre zum Opfer gefallen waren. Dann kam die Angst vor der deutschen Okkupation. Und die Angst davor, zur Arbeit nach Deutschland verschleppt zu werden. Und die ständige Angst, die sie empfanden, als sie sich schon in Deutschland befanden: vor Prügeln, vor dem Konzentrationslager, vor den Bombardements. Und dann schließlich eine neue Angst, die direkt nach der Befreiung einsetzte: die Angst, des Vaterlandsverrats beschuldigt zu werden.

Neben der Angst gab es aber bei den ehemaligen Ostarbeitern ohne Zweifel manchmal unterschwellig, manchmal völlig offen auch ein großes Schuldgefühl. Schließlich gehörte die große Mehrheit dieser Menschen zu einer Generation, deren Bewusstsein durch die Stalinzeit geprägt worden war. Auf keinen Fall durfte man sich dem Feind ergeben und natürlich schon gar nicht für das faschistische Deutschland arbeiten. Und je weniger schrecklich und schwierig ihr Leben in Deutschland war, um so größere Angst hatten sie zu erzählen, was sie erlebt hatten. Denn ihre Erfahrungen und das, was sie erlebt hatten, passten überhaupt nicht in das in jenen Jahren entstehende mythologische Bild vom Großen Vaterländischen Krieg.

Last der Erinnerung

Die Mehrheit jener, die an „Memorial“ geschrieben haben, sind 1925 bis 1927 oder sogar noch später geboren worden, und das bedeutete, dass sie ganz jung, als Halbwüchsige, ohne jede Lebenserfahrung, nach Deutschland gerieten. Darüber hinaus konnten sie die Sprache jenes Landes, in das man sie verschleppte, nicht sprechen und nicht verstehen. Während jener drei Jahre, die sie in der Regel in Deutschland verbrachten, wechselten die meisten von ihnen immer wieder die Aufenthaltsorte – aus einem

Arbeitslager ins andere, von einem Dienstherrn zum nächsten ... Auch das war natürlich ein Grund dafür, dass die Erinnerung bei vielen nur bruchstückhaft war, ohne Daten, Städte, Namen.

Außerdem hatte die Angst verursacht, dass sich viele ehemalige Zwangsarbeiter nicht unter ihrem eigenen Namen in Deutschland wieder fanden. Ein falscher Name, eine andere Nationalität, das bedeutete oft eine Überlebenschance. Einige bezeichneten sich nicht als Russen, sondern als Ukrainer, weil die Meinung herrschte, dass es in Deutschland besser sei, Ukrainer zu sein als Russe. Und nach der Befreiung wiederum verleugneten sie so ihre Eltern, wenn diese zum Beispiel in Russland den stalinistischen Repressionen zum Opfer gefallen waren. Oder sie verheimlichten die Wahrheit über ihr Leben in Deutschland. Natürlich waren viele in Russland gezwungen, ihre Vergangenheit zu verheimlichen, die familiären Wurzeln auszureißen. Diese Notwendigkeit entsprang dem verständlichen Wunsch, unter den Bedingungen des stalinistischen Regimes zu überleben. Bei den Zwangsarbeitern aber zog sich diese Verleugnung über Jahrzehnte hin, sodass es verschiedene Versionen ihres Schicksals gab: eine in Deutschland und eine nach der Rückkehr.

Bei den Zwangsarbeitern zog sich die Verleugnung über Jahrzehnte hin, so dass es verschiedene Versionen ihres Schicksals gab: eine in Deutschland und eine nach der Rückkehr.

Was befand sich also in den Postsäcken, die damals zu „Memorial“ kamen? Vor allem Briefe von ehemaligen Zwangsarbeitern oder Zwangsarbeiterinnen mit kurzen biographischen Informationen darüber, wann und wo er oder sie nach Deutschland verschleppt worden waren, wo sie in Deutschland gearbeitet hatten, wann und von wem sie befreit worden waren.

Für viele war es das erste Mal in ihrem Leben, dass sie jemandem außerhalb der offiziellen sowjetischen Behörden über ihre Vergangenheit berichteten. Seltener fand man in diesen Briefen Dokumente oder Fotos, die mit Deutschland verbunden waren. „Außer meinem Gedächtnis habe ich keine anderen Dokumente“, so stand es wörtlich in einem dieser Briefe. Irgendwelche deutsche Dokumente aufzubewahren, war äußerst gefährlich – und trotzdem bekam „Memorial“ Hunderte von Dokumenten und Fotos, deutsche Arbeitskarten mit Fotos und Fingerabdrücken, Geburtsurkunden, Passierscheine, Briefe, deutsche Postkarten u.a. Häufiger als vieles andere kamen private Fotos, Gruppenfotos, manchmal auch die Fotos von Deutschen zum Vorschein, bei denen z.B.

eine Zwangsarbeiterin als Dienstmädchen gearbeitet hatte. An diesen Fotos konnte man auch sehen, dass die Deutschlandserfahrungen oft vielschichtiger und widerspruchsvoller waren, als man es sich hätte vorstellen können. Zugesandt wurden auch, allerdings selten, niedergeschriebene Erinnerungen.

Aber viel wichtiger war die Tatsache, dass die meisten der ehemaligen Zwangsarbeiter zum ersten Mal die Möglichkeit bekommen hatten, offen über ihre Vergangenheit zu schreiben, ohne Angst und Schuldgefühle. In diesem Sinne wurde eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllt. In den Briefen klang es wie ein Refrain: „Mein ganzes Leben hatte ich Angst, die Wahrheit zu sagen, sogar gegenüber meinen Kindern. Bis heute spreche ich mit meinem Sohn nicht darüber“ (aus dem Brief von Pawel S., Jahrgang 1927). „Der Stempel hing über dem Schicksal, schade, dass viele nicht lange genug gelebt und nie erfahren haben, dass nun die Zeit gekommen ist, uns zu rechtfertigen, uns zu befreien, denn worin waren wir denn schuldig, dass wir das ganze Leben lang diskriminiert wurden“ (Taisija I., Jahrgang 1926).

Versuch einer Aufarbeitung

Zur Erforschung des Schicksals ehemaliger Zwangsarbeiter entstand das umfangreiche Projekt „Opfer zweier Diktaturen“ – ein Gemeinschaftsprojekt der Gesellschaft „Memorial“ und der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau. Die fast 400.000 Briefe von ehemaligen Zwangsarbeitern wurden archiviert, und auf dieser Basis ist eine Datenbank entstanden. Viele der örtlichen Abteilungen von „Memorial“ erarbeiteten auch ihre eigenen wissenschaftlichen Programme, die im direkten Zusammenhang mit der Geschichte der jeweiligen Region standen. Besonders intensive Forschungen wurden in St. Petersburg, Krasnojarsk, Tomsk, Perm, Rjasan und Jekaterinburg betrieben. Die Materialsammlung erfolgte im gesamten Land.

In St. Petersburg wurde eine ständige Ausstellung eröffnet, die dem Thema der Zwangsarbeiter in Deutschland und vor allem auch ihrem tragischen Schicksal im eigenen Land nach der Befreiung gewidmet war.

Die Gesellschaft „Memorial“ hat nun seit fast einem Jahrzehnt neben ihren gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der Sowjetunion deutsche und andere ausländische Wissenschaftler bei ihren Untersuchungen unterstützt und darüber hinaus soziale Aufgaben gegenüber früheren Zwangsarbeitern in Ansätzen erfüllt. „Memorial“

wurde für Wissenschaftler im In- und Ausland zu einer Anlaufstelle für die eigene Forschungstätigkeit. In den neunziger Jahren organisierte „Memorial“ auch Begegnungsreisen ehemaliger Zwangsarbeiter nach Deutschland. Der Zweck solcher Reisen bestand vor allem darin, den ehemaligen Zwangsarbeitern ein Wiedersehen mit den Stätten ihrer früheren Zwangsarbeit zu ermöglichen und die Veränderungen in den beiden Staaten Nachkriegsdeutschlands erfahrbar zu machen, was sicherlich Teil der „Versöhnung“ sein kann.

Aber wie kann man die Jugendlichen im heutigen Russland mit diesen Erfahrungen konfrontieren?

Über die Ausschreibung von Wettbewerben zu historischen Themen kann man Jugendliche an die Thematik heranführen. In den vergangenen beiden Jahren hat „Memorial“ einen Schülerwettbewerb mit historischen Arbeiten für die Oberstufe der höheren Schulen unter dem Titel „Der Mensch in der Geschichte – Russland im 20. Jahrhundert“ durchgeführt. An diesem Wettbewerb haben bereits über 3.000 Bewerber aus 80 Gebieten Russlands teilgenommen. Schon im ersten Wettbewerb gab es einige Dutzend Arbeiten über die Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiter und über ihre Erfahrungen während des Krieges in Deutschland und in der Nachkriegszeit in der Sowjetunion. Meistens war das für die Schüler eine Entdeckung in der Geschichte der eigenen Familie oder in der Nachbarschaft; für die Opfer war es oft die erste Möglichkeit, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Man plant, im Rahmen des Schülerwettbewerbs in den nächsten Jahren ein Sonderthema „Zwangsarbeiter“ auszuschreiben. Das kann auch ein wirksames Mittel gegen die neue Mythologisierung des Großen Vaterländischen Krieges werden, die sich derzeit in Russland wieder abzeichnet.

Diese Aufklärungsarbeit führte zum Teil dazu, dass die Öffentlichkeit in Russland sich für das Thema der Zwangsarbeiter zu interessieren begann. Vieles erfolgte auch durch die Medienarbeit im Fernsehen, im Hörfunk und in den Printmedien.

Besonders viele Probleme entstanden, als die ersten Entschädigungsgelder Mitte der neunziger Jahre aus Deutschland an die ehemaligen Zwangsarbeiter ausgezahlt werden sollten. Es kamen erneut viele Briefe mit Anfragen zu „Memorial“, und man musste die Informationen, wie diese Auszahlungen erfolgen sollten, den Menschen vermitteln. Menschenfeindlichkeit und Bürokratismus der russischen sozialen Institutionen sowie die Unwissenheit der ehemaligen Ostarbeiter über ihre Rechte führten dazu, dass einige gar nicht an das ihnen zustehende Geld

gekommen sind. Diese Fragen versuchte „Memorial“ mit Hilfe der Medien und der Kontrolle von der Seite der Öffentlichkeit zu lösen.

Als in Deutschland die Entschädigungsfrage im Jahre 1999 wieder gestellt worden ist, hat „Memorial“ sehr aktiv mitgeholfen und den deutschen Experten all die in diesen Jahren gesammelten Erfahrungen und Informationen zur Verfügung gestellt.

Soziales Engagement

Heute ist vor allem die soziale Arbeit mit den ehemaligen Zwangsarbeitern von Bedeutung. Unter sozialer Arbeit verstehen wir besonders die Schaffung von Verbindungen untereinander in den Provinzen, die Organisation von Treffen und Veranstaltungen sowie die Entwicklung von Betreuungsformen zur Selbsthilfe.

Bei der Organisation der Aufklärungs- und Sozialarbeit muss man bedenken, dass dieses Thema in Russland immer noch nicht aufgearbeitet und kaum zum Bestandteil der Erinnerungskultur in der Gesellschaft geworden ist. Im Unterschied zu den ehemaligen GULAG-Opfern haben die ehemaligen Zwangsarbeiter keine organisierte Verbandsorganisation.

Die Thematik der „Ostarbeiter“ ist in Russland immer noch nicht aufgearbeitet und bisher kaum zum Bestandteil der Erinnerungskultur in der Gesellschaft geworden.

Nur wenige von ihnen erreichten etwas im Leben. Man kann schon nachdenklich werden, wenn man immer wieder mit unerfüllten elementaren Bedürfnissen konfrontiert ist, die einen Menschen sein Leben lang verfolgen. „Mein Mann und ich bauten ein Haus aus Kisten – und in dem leben wir bis heute. Na und, was hätten wir tun sollen, lebendig kann man sich schließlich nicht ins Grab legen.“ So hieß es in einem der Briefe.

So verbinden sich vielleicht die letzten Hoffnungen dieser Menschen mit den Entschädigungen, die von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ kommen.

Aber nicht umsonst heißt das Memorial-Zwangsarbeiterprojekt „Opfer zweier Diktaturen“, denn man ist überzeugt, dass sich an dem tragischen Schicksal dieser Menschen auch der Sowjetstaat schuldig gemacht hat. Diese tragische Wahrheit zu verschweigen käme einer Absage an die eigene Erinnerung gleich. Also muss man jetzt noch versuchen nachzuholen, was in all den Jahren versäumt worden ist.